

# Sozialdemokrat

## Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder bei Bezug durch die Post

monatlich . . . Kz 16.—  
vierteljährlich . . . 48.—  
halbjährig . . . 96.—  
ganzjährig . . . 192.—

Mitstellung von Manuskripten erfolgt nur bei Einlieferung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.

3. Jahrgang.

Donnerstag, 19. Juli 1923.

Nr. 166.

### Der Gerechtigkeitsfanatiker.

Die Rede, die der französische Ministerpräsident bei der Einweihung des Kriegergedächtnisses in Senlis gehalten, wird von der französischen Depeschagentur als Antwort auf die Erklärung Waldwins bezeichnet. Poincaré ist der Mann der tönenden Rede; jedes Wort seiner bisherigen Reden war Kampf, Pojaune und Fanfare. Auch in seiner letzten Rede sucht er seine Unnachgiebigkeit hervorzuholen, und doch geht durch sie ein unverkennbarer Bruch. Nicht nur, daß die Rede eine gewisse Vorsicht verrät, den Gegensatz zwischen Frankreich und England nicht noch mehr zu vertiefen, sie bemüht sich auch, das Vorgehen Frankreichs zu rechtfertigen und spricht viel von Gerechtigkeit, als deren Schlichter der gegenwärtige Leiter der Geschicke Frankreichs gerne gelten möchte. Die Rede zeigt einen Zug von schmerzlicher Sentimentalität, worauf besonders seine Beteuerungen hinweisen, er habe nicht den Wunsch, daß Deutschland zusammenbräche, und Frankreich — also das Frankreich Poincarés — habe nichts von seiner angeborenen Gerechtigkeit, von seinen Idealen und seiner selbstlosen Liebe zur Menschheit verloren. Herr Poincaré sucht auch sich und Frankreich gleichsam als Opfer der Gerechtigkeit hinzustellen, die es nicht zulasse, daß der von so vielen Nationen unterzeichnete Friedensvertrag bereits nach vier Jahren seines Bestandes als für ein archaisches Museum reif bezeichnet werde, was umso schädlicher wäre, als eine Zerstörung des Friedensvertrages auch die Freunde Frankreichs in der Tschechoslowakei, Rumänien und Südschweden bedrohen würde.

Wenn Herr Poincaré trotz seiner Beteuerung, Frankreich sei am Ende der Zugeständnisse angelangt, einer neuerlichen schmetternden Kampfansage ausweicht, so liegt darin, wenn auch noch nicht offen zugegeben, das Einverständnis des Mißerfolgs seiner Reparationspolitik, die das Verhältnis zwischen Frankreich und England auf das unerträglichste vergiftet hat und die nicht nur die Alliierten dauernd zu entzweien, sondern auch die Schaffung neuer, Frankreich höchst unerwünschter Gebilde, zu bewirken droht. Herr Poincaré weiß, daß England mit dem größten Unmut Frankreichs imperialistische Politik in Europa und seine militärischen Rüstungen verfolgt, und daß diese Politik, welche die Wiederherstellung der europäischen Wirtschaft hindert, längst zum Ausbruch eines neuen Krieges geführt hätte, wenn nicht die allgemeine Erschöpfung Europas und die schwere Wirtschaftskrise in den Völkern einen heilsamen Abbruch vor neuen Kriegswirren wachhalten würden. Solange Frankreich sich einer wirklich gerechten Lösung der Reparationsfrage widersetzt, und sein Ruhrabenteuer nicht liquidiert, muß sich ihm England, das unter den Folgen dieses Treibens immer mehr erstickt, immer mehr entziehen, und auf die Dauer werden auch die Versöhnungsaktionen des tschechoslowakischen Außenministers nicht ausreichen, das Ende der französisch-belgischen Koalition aufzuhalten. Poincaré kann nicht vorwärts und nicht zurück; er sieht mit Schrecken die Früchte seiner Gewaltspolitik reifen und Grauen muß ihn auch befallen, wenn er die materiellen Erfolge der Ruhrbesetzung bucht. Willigt er in eine Einigung mit Deutschland, so wird Frankreich auch nicht annähernd jene Reparationsleistungen zugestanden erhalten, die es ohne die Ruhrbesetzung erhalten hätte, weigert er sich dagegen, im Sinne des englischen Vorschlages, die deutschen Reparationen nach Vorschlag einer unparteiischen Kommission sich zu messen zu lassen, dann wird Frankreich nicht nur überhaupt leer ausgehen, es wird auch zur Zahlung seiner eigenen Kriegsschulden von England verhalten werden, und es wird für den dann unausbleiblichen Zusammenbruch Deutschlands und das ihm folgende Chaos vor aller Welt die moralische Verantwortung tragen. Poincarés Draufgängerpolitik ist in eine Sackgasse geraten, aus der sich kein Ausweg für sie eröffnet.

### Der Vorschlag Englands.

Der Entwurf der Note noch in dieser Woche in den Händen der Alliierten. — Hoffnungen in England.

London, 18. Juli. (AP.) Der Stand der Reparationsfrage bleibt unverändert, solange die Regierung den Entwurf der Antwort auf das deutsche Angebot vom 7. Juni d. J. nicht definitiv billigt und ihn den Alliierten übersendet. Der Entwurf wird zweifellos Ende dieser Woche in den Händen der Alliierten sein. Man hofft hier, daß ihre Bemerkungen zu dem britischen Entwurf keine unnötige Verzögerung erleiden, es ist aber zweifelhaft, ob die Antworten vor Mittwoch oder Donnerstag eintreffen, wo, wie die Blätter berichten, das Unterhaus zur zweiten Lesung der Vorlage über die Konsolidierung des Fonds zusammenzutreten soll. Bekanntlich hat der Ministerpräsident vergangene Woche bemerkt, daß die Zuhörer eine geeignete Gelegenheit zu einer allgemeinen Debatte über den Stand der Reparationsfrage geben könne.

Die britische Presse hegt auch weiterhin die feste Hoffnung, daß ein einheitliches Vorgehen der Großmächte werde gewahrt werden und man betrachte die Klärung der maßgebenden Pariser Kreise, nach der die letzte Rede Poincarés in Senlis die französische Antwort auf den britischen Entwurf nicht antizipiert, als günstiges Zeichen.

### Englands Antwortnote.

London, 17. Juli. (Reuters.) Reuters erfährt, daß die Vorbereitung der britischen Antwort an Deutschland und der begleitenden Mantelnote an die Alliierten noch immer die britischen Sachverständigen beschäftigt. Es verlautet, daß die Mantelnote darlegen wird, aus welchem Grunde die britische Regierung glaube, daß die deutsche Note eine Antwort verdiene und im allgemeinen auseinanderzusetzen, welche Schritte zur Lösung des Reparationsproblems für nötig gehalten werden. Die Mantelnote wird an die französische, die belgische, die italienische und die japanische Regierung gleichzeitig mit dem Entwurf der Antwort an Deutschland gesandt werden.

### Dr. Beneš — überzeugter Anhänger der Friedensverträge.

Paris, 18. Juli. (Havas.) Der Vertreter des Blattes „Figaro“ fragte den Minister Dr. Beneš, ob das französisch-tschechoslowakische Wirtschaftsabkommen auf wirtschaftliche Fragen beschränkt bleibe. Doktor Beneš erwiderte, er könne nur so viel erklären, daß er ein überzeugter Anhänger der Durchführung der Friedensverträge war, ist und bleiben wird. Die Unterzeichnung der Verträge ist heilig. Wie würden wir, sagte Dr. Beneš, nicht den Vertrag verteidigen, welcher unser Volk befreit und den Sieg der demokratischen Grundzüge und

Darum die ethischen Kosteln in Poincarés Rede, darum sein Appell an die „Gerechtigkeit“, Gerechtigkeit, mag auch die Welt darüber zugrunde gehen! Und was versteht Poincaré unter Gerechtigkeit? Sie deckt sich ihm mit der Unberührbarkeit der Friedensverträge! Als ob diese Friedensverträge überhaupt noch unangefastet wären! Tatsächlich ist kein einziger von ihnen bis jetzt in allen seinen Teilen durchgeführt oder intact geblieben und eben jetzt hat die Konferenz von Lausanne einen derselben, den Vertrag von Sevres, in aller Form Rechtsens zugunsten der Türkei geändert. Aber was ist die Gerechtigkeit, die den Friedensverträgen angeblich zugrundeliegt, anderes als der Ausfluß der schändlichsten Gewalt? Ist Deutschland, als es gezwungen wurde, das Diktat von Versailles zu unterfertigen, um seine Meinung und Zustimmung auch nur gefragt worden? Wurde mit ihm verhandelt und sein Einverständnis eingeholt? Wenn die Erhaltung eines Vertrages wie des Versailles von der „Gerechtigkeit“ bedingt ist, dann ist die Tat jedes Erpressers und jedes Einbrechers, der sich mit vorgehaltenem Revolver seine Beute holt, auch gerecht! Aber alles Gerede von der Gerechtigkeit, auch wenn es angepöfelter wäre, als der Zusammenhang mit den Friedensverträgen rechtfertigt, muß schließlich vor der Notwendigkeit verstummen, die

des Geistes der sozialen Gerechtigkeit geheißt hat? Minister Dr. Beneš sagte weiter: Wir haben ein direktes Interesse an der Regelung der Reparationsangelegenheit. Ueber die Dringlichkeit der französisch-englischen Entente könne kein Streit bestehen. Ein Bruch hätte für die Zukunft des Friedens die ungünstigsten Wirkungen. Das habe ich auch in London erklärt. Nach meinen Besprechungen in London und in Paris bleibe ich Optimist. Ich sehe offensichtlich die Möglichkeit eines Einvernehmens.

„Le Journal“ schreibt über die Reise des Ministers Dr. Beneš: Dr. Beneš hat sicherlich, ohne daß er beabsichtigt war, in der deutschen Angelegenheit zu intervenieren, überall dort, wohin er kam, Verschönerungen anempfehlen, und zwar in London mehr als anderswo. Es gibt keine zweite Persönlichkeit, welcher die Erhaltung der Entente so sehr am Herzen liegen würde wie ihm. Er ist sicherlich genug weitblickend, daß ihm klar ist, daß die Entente nur dann erhalten bleiben kann, wenn sie allen eine wirkliche Befriedigung bringt und aufhört für einzelne ein ständiges Leberbrot zu sein. Zu der Operation im Ruhrgebiet ist gegriffen worden, um den ewigen Unsicherheiten ein Ende zu bereiten; durch die Ruhraktion müsse eine ehrliche und klare Lösung erzielt werden. Diesbezüglich wäre sicherlich jede Bemühung vergebens, welche dahin abzielte, zwischen Paris und Brüssel eine Disharmonie hervorzurufen.

### Die „Bermittlungsaktion“ Dr. Benešs.

Berlin, 18. Juli. (Eigenbericht.) Ueber die Tätigkeit des tschechoslowakischen Außenministers Beneš wird berichtet, daß er gestern noch einmal lange mit Poincaré gesprochen habe und heute nach Brüssel abgereist sei. In Paris wird berichtet, daß sich Beneš nicht mehr für die Frage interessiere, ob jetzt eine gemeinsame Antwort der Alliierten auf die Note Deutschlands zustandekomme. Er wollte sich vor allem Gewissheit darüber verschaffen, daß ein Bruch zwischen England und Frankreich nicht zu fürchten sei, selbst wenn sich England veranlaßt sehen sollte, ein Sonderangebot an Deutschland zu richten. Man beurteilt die Bemühungen Benešs sehr optimistisch. Im Uebrigen scheint man sowohl von England wie von Frankreich aus sich in der Hauptsache um Belgien zu bemühen, das jede Partei für sich gewinnen will.

### Beneš in Brüssel.

Paris, 18. Juli. (Havas.) Minister Dr. Beneš ist heute um 12.30 Uhr von Paris nach Brüssel abgereist.

Bestimmungen der Friedensverträge den materiellen Möglichkeiten anzupassen. Auch wenn man alles, was in den Friedensverträgen steht, als lauterstes Recht ansehen wollte, so ist für ihre Erfüllung doch in erster Linie die materielle Möglichkeit ihrer Durchführung notwendig. Und daß diese bei Deutschland besteht, wird nicht einmal der Gerechtigkeitsfanatiker Poincaré behaupten können!

Die Rede Poincarés verfolgt den Zweck, England, das sich anstellt, Frankreich in den Arm zu fallen, noch im letzten Augenblick zu bestimmen, bei den Vorschlägen, die es unterbreiten will, auf die Wünsche der französischen Regierung im Namen der Gerechtigkeit alle Rücksicht zu nehmen. Aber die Erfüllung der französischen Wünsche hat Poincarés Politik dadurch verwirkt, daß sie die Zahlungsfähigkeit ihres Schuldners zerstört hat. Poincaré droht noch immer mit seiner „Unnachgiebigkeit“, aber er tut dies, wie keine Rede zeigt, mit halbem Herzen und gebrochenem Selbstvertrauen in seine Politik. Seine Hoffnung, daß die „Freunde“ Frankreichs ihm schließlich recht geben werden, steht auf schwachen Füßen. Auch der rührendste Appell des verlogenen Gerechtigkeitsfanatikers wird die endliche Durchsetzung des Rechtes und der Gerechtigkeit nicht zu verhindern vermögen!

### Die Bilanz des sächsischen Landtags.

F. H. Dresden, 17. Juli 1923.

Wenn weite Kreise der sozialistischen Partei die stille Befürchtung und alle Bürgerlichen die starke Hoffnung hegten, daß das mit Hilfe der Kommunisten zustande gekommene rein sozialistische Ministerium Dr. Zeigner fruchtbringende Arbeit nicht leisten könne, so sind bis jetzt durch die Arbeiten des Landtages weder die Befürchtungen noch die Hoffnungen in Erfüllung gegangen. Denn der Landtag hat noch vor seinen Ferien eine Anzahl wertvoller Gesetze verabschiedet. Gesetze, um die leidenschaftlich gerungen wurde und bei denen sich zwei Weltanschauungen schroff gegenüberstanden.

Das kam am anschaulichsten zum Ausdruck bei dem Gesetz zum Schutze der Republik. Die sächsische Regierung hatte das Reichsrahmengesetz wesentlich verschärft und nicht nur bestimmt, daß mit 65 Jahren jeder Beamte zu entlassen ist, sondern auch, daß ohne disziplinarisches Verfahren alle Beamten zu entlassen sind, die die Republik und ihre führenden Persönlichkeiten beleidigen. Und zwar ohne daß die Absicht der Beleidigung nachgewiesen zu werden braucht. Damit ist der Weg für den republikanischen Nachwuchs innerhalb der Beamtenchaft freigemacht und der Hinauswurf der verstockten und offenen Feinde der Republik gewährleistet. Die Bürgerlichen versuchten noch in letzter Stunde durch eine Reihe namentlicher Abstimmungen und durch Herbeiführung der Beschlußunfähigkeit das Gesetz zu Fall zu bringen. Alle diese Versuche scheiterten an dem geschlossenen Widerstand der sozialistischen Parteien.

Mit noch größerer Fähigkeit versuchten die Bürgerlichen die Entschärfung zu unterbreiten. Sie erkannten, daß mit der Annahme dieses Gesetzes das letzte starke Bollwerk des Bürgertums in der inneren Verwaltung weggeräumt wird. Dann kam bei der Gewerbesteuer noch einmal der schroffe Gegensatz zwischen Besitzenden und Besitzlosen zum Ausdruck. Diese Steuer bringt zum erstenmal den Versuch, die Steuerzahlung der Geldentwertung dadurch anzupassen, daß die Besteuerung des Ertragswertes und des Anlage- und Betriebskapitals mittels eines mittleren Goldanfaufindex dem Sinken und Steigen der Mark angepaßt wird. Ein neues Merkmal dieser Steuer ist die Besteuerung der Lohnsumme und endlich das Zuschlagsrecht der Gemeinden bis zu 200 Prozent und ev. weiterer 100 Prozent für die Kosten der kommunalen Teuerbestattung. Die bürgerlichen Parteien zogen auch gegen diese Steuer alle Register auf, mißtrauten aber erleben, daß ihre Spekulation auf die Kommunisten vergeblich war. Die Grundsteuer nach dem gemeinen Wert zu erheben, was zunächst aus steuerrechtlichen Gründen nicht möglich. Immerhin wurde die Goldanpassung an die Erwerbswert der Mark dadurch gesichert, daß als Anpassungsindex der mittlere Roggenpreis festgesetzt wurde.

Von gleicher Leidenschaft getragen war das Ringen um die Amnestievorlage. Ganz besonders um jene Paragraphen, die die Abtreibungen, die aus Not begangen sind, außer Strafe stellen. Bei dieser Debatte prallten die alte und die neue Weltanschauung in schärfster Weise zusammen. Da die Bürgerlichen die Annahme des Gesetzes nicht verhindern konnten, drohten sie mit dem Appell an das Reichsgericht.

Kurz vor Vorlesung des Landtages kam es zu einer interessanten Schwankung der bürgerlichen Parteien. Halten diese das Ministerium Zeigner in der schärfsten Weise bekämpft, so konnte man nun beobachten, daß nach einer sehr geschickten politischen Rede Zeigners, in der er besonders auf die Gefahren hinwies, die der Republik durch unverantwortliche Rechtskreise drohen, die deutschen Volksparteier von den deutschnationalen sichtlich abrückten, sich eindeutig zur Republik bekannten und ihre Mitarbeit für die Republik ankündigten. Die Demokraten gingen noch einen Schritt weiter und bewilligten mit den sozialistischen Parteien den Gesamtetat.

Diese Erscheinung mag nicht zuletzt durch die Vorgänge im Reiche begründet sein, denn wenn nicht alle Anzeichen trügen, steht Deutschland vor starken inneren Erschütterungen, die auch von den bürgerlichen Parteien in ihren Wirkungen nicht klar übersehen werden können. Die steigende wirtschaftliche Not, die durch die Ruhrbesetzung verursacht worden ist, hat den Antirepublikanismus kräftigen Aufsporn und Zulauf gegeben. Ihre Geheimorganisationen wachsen und nehmen eine immer bedrohlichere Gestalt an, so daß, wenn die Dinge sich weiter zuspitzen, mit



# Die Schlussfikung in Lausanne.

einer gemeinsamen Auseinandersetzung gerechnet werden kann. Daß dabei neben dem Reich auch die Wirtschaft schwer erschüttert würde, das sehen auch die Bürgerlichen. Sie suchen sich deshalb den politischen Verhältnissen anzupassen, um nicht eines Tages alles zu verlieren. Die Leitung der sozialdemokratischen Partei Deutschlands hat sich dem auch in klarer Erkenntnis der Vorgänge dazu angeschlossen, die in Sachsen von Sozialisten und Kommunisten gebildeten Abwehrorganisationen für das ganze Reich zu empfehlen. Ob dies allein ausreichen wird, eine Erschütterung zu verhindern, oder ob nicht doch durch eine Umbildung der Reichsregierung in dem Sinne, daß alle republikanischen Kräfte bis zur deutschen Volkspartei verbunden werden, ein endgültiger Versuch zur Lösung der Krise gefunden werden muß, bleibt abzuwarten. Zeit steht, daß die Lage der Regierung Cuno gefährdet sind und daß Deutschland vor äußerst schweren Entscheidungen steht, bei denen die sächsische Regierung und die sächsische Partei ein gewichtiges Wort mitsprechen dürfen.

## Inland.

**Das Gesetz zum Schutze der Merikalen.** Im Merikalen „Ceb“ findet sich eine Anregung für die Pfarrämter, welche den „antimerikalen“ Schöpfern des Schutzgesetzes wenig Freude bereiten wird. Das Blatt fordert nämlich die Pfarrämter auf, gegen alle Redner, welche am Samstagstage gesprochen haben, die Anzeige wegen Vergehens gegen das Gesetz zum Schutze der Republik zu erstatten. Die Merikalen werden also ihre loyalen Koalitionsgenossen anklagen, daß sie die Republik nicht genug schätzen. — Wenigstens können die Parteien der Regierungsozialisten daran erkennen, was sie für ein famoses Gesetz geschaffen haben.

## Ausland.

**Die Passauer „Donau-Zeitung“ und das Urteil gegen Fehrenbach.** Ein angesehenes Provinzorgan der Bayerischen Volkspartei, die „Donau-Zeitung“ in Passau, in der — solange er noch aktiver Politiker war — der Dompfarrer Bichler die bekannte weiß-blaue Zentrumspolitik machte, beschäftigt sich in seiner letzten Sonntagsgausgabe mit dem Falle Fehrenbach in einer politisch außerordentlich bemerkenswerten Weise. Entgegen der bisher streng ablehnenden Haltung der Bayerischen Volkspartei gegen die Politik an dem Fehrenbachurteil wird hier in einem längeren Artikel von einem bayerischen Juristen, dessen Name aber nicht genannt ist, rundweg erklärt, daß das Urteil gegen den „Landesverräter“ Fehrenbach zweifellos falsch war. Und dann heißt es wortfroh: „Das ist jedoch erst klar geworden, als der Kammergerichtsrat Fehrenbach in einer im Mai ds. Js. erschienenen Broschüre zum ersten Male den Wortlaut des Ritter-Telegrammes veröffentlichte. Wegen des Ritter-Telegrammes ist Fehrenbach zum Zuchthaus geschickt worden. Man mag über die Schuld Fehrenbachs heute noch streiten. Der zwingende Punkt liegt anderswo: Die Veröffentlichung des Ritter-Telegrammes durch Fehrenbach erfolgte im Jahre 1919, das Verfahren vor dem Volksgericht aber erst 1922, ohne daß die Verjährungsfrist unterbrochen war. Fehrenbach sitzt also wegen eines verjährten Pressdeliktes im Zuchthaus. Auch der Reichsjustizminister hat sich jetzt zu dieser Ansicht bekannt. Aber um des lieben Friedens willen, oder sagen wir es ruhig, aus innerpolitischen Gründen sieht die Reichsregierung in dem Vorjahre, den der bayerische Gesandte im Reichstage machte, Begnadigungsgelehen durch das bayerische Oberlandesgericht den besten Weg aus dem juristischen Irrgarten. Es ist der einzig mögliche Weg. Die Aufklärung durch das Oberlandesgericht wird also heute öffentlich diejenigen beruhigen, die in dem Fehrenbach-Urteil mit wachsender Entrüstung einen deutschen Dreifüß-Scandal, eine Verletzung des allgemeinen Rechtsbewußtseins und eine Gefährdung des Vertrauens zur deutschen Justiz sehen wollen.“ — Man darf gespannt sein, wie die offizielle Politik der Bayerischen Volkspartei zu dem Passauer Bekenntnis sich stellen wird.

## Telegramme.

### Der „Temps“ und der „Sozialdemokratische Parlamentsdienst“.

Berlin, 18. Juli. (Eigenbericht.) Der Pariser „Temps“, von dem man weiß, daß er in Beziehungen zur französischen Regierung steht, bemüht sich seit einiger Zeit, die Möglichkeiten einer Lösung der Reparationsfragen von wirtschaftlichen Gesichtspunkten aus zu behandeln. Es ist unverkennbar, daß sich in den Ausführungen des Blattes ein gewisses Verständnis für die deutsche Auffassung zeigt. Den näheren Anlaß zu den Artikeln des „Temps“ boten einige Ausführungen des Sozialdemokratischen Parlamentsdienstes.

Da der „Temps“ scheinbar die Absicht hat, die Diskussion fortzusetzen, richtet der Sozialdemokratische Parlamentsdienst folgende Fragen an den „Temps“:

Wie denkt man sich in Paris die Privatisierung der Schuld durch marktsfähige Papiere verschiedener Art?

Welcher Auffassung ist man über die Bedingungen und wie denkt man über die Unterbrin-

Lausanne, 17. Juli. Die heutige Schlussfikung der Konferenz gliederte sich in drei Teile, nämlich die Schlussfikung des politischen Komitees, die Schlussfikung des Finanzkomitees und die Schlussfikung des Wirtschaftskomitees, in denen nach einander die letzten Vereinbarungen bestätigt und einzelne noch offene Fragen erörtert und entschieden wurden.

Das politische Komitee verzeichnete zunächst die gestern erzielte Einigung über die Käufung der Dardanellen und Konstantinopels, sowie über die Zulassung Belgiens und Portugals zu gewissen Teilen des Vertrages. Das Komitee ging dann zur Debatte über die Amnestiefrage und das Schicksal der Armenier über, in der Sir Horace Rumbold und der amerikanische Vertreter Grey die Türken um Entgegenkommen ersuchten. Ismet Pascha sprach die Durchführung des Amnestieabkommens und die Heimkehr aller Armenier, die sich keiner verräterischen Handlungen schuldig gemacht hatten.

Das Finanzkomitee befaßte sich ausschließlich mit der Kuponsfrage. Von dem ursprünglichen Artikel 106, der die Kuponsfrage regeln sollte, bleibt in dem Vertrage nichts übrig, als die Feststellung, daß Deutsche, Oesterreicher und Ungarn nicht in dem Verwaltungsrat der Dette Ottomane tagen würden. Die anderen Fragen sind direkten Verhandlungen zwischen der türkischen Regierung und den Titelinhabern vorbehalten. General Pells gab eine Erklärung ab, in der er ausdrücklich den französischen Titelinhabern ihre Rechte vorbehielt. Ismet Pascha entgegnete, daß die türkische Regierung zu Verhandlungen bereit sei. Venizelos stellte in Ergänzung einer heute vormittags überreichten Note die Forderung auf, daß Griechenland dieselben Vergünstigungen in der Kuponsfrage erhalte, wie die Türken. General Pells erwiderte, daß nicht die Alliierten, sondern die Titelinhaber hierfür zuständig seien.

Das Wirtschaftskomitee genehmigte zunächst das Protokoll über die Küstenschiffahrt, dann die Erklärung über die Dauer des Handelsabkommens und ging darauf zur Konzessionsfrage über. Sir Horace Rumbold gab eine lange Erklärung ab, in der er ausdrücklich Vorbehalte zugunsten der Interessen der englischen Staatsangehörigen, vor allem der türkischen Petroleum-Compagny machte. Die Konzessionen bestünden zu Recht, kein drittes Recht konnte die englischen Rechte beeinträchtigen. Er müsse die Türken für die etwaigen Folgen der Nichtanerkennung der englischen Konzessionen verantwortlich machen. Der amerikanische Vertreter Grey begrüßte mit Genugtuung die Regelung der Konzessionsfrage und wies darauf hin, daß über die türkische Petroleum-Compagny seit drei Jahren eine Korrespondenz zwischen Amerika und England geführt worden sei. Ismet Pascha erinnerte in seiner Erwiderung daran, daß er ein Schiedsverfahren angeboten habe und stellte fest, daß die englische Erklärung in keiner Weise die Türken binden

London, 17. Juli. (Reuter.) Reuter meldet, daß die vier zerstörte Hottillen, die wegen der Orientkrise der mittelländischen Flotte zugeweiht worden seien, demnächst nach England zurückkehren werden.

Welche Erleichterungen von den übermäßig strengen Bedingungen des Versailler Vertrages können daraus erreicht werden und welche Ablassbedingungen will man in Konsequenz der Auflassung des „Temps“ zugestehen?

Welche ernsthaften Abmachungen über die wirtschaftlich aufeinander angewiesenen Teile der Volkswirtschaften Frankreichs und Deutschlands können mit Erfolg organisiert werden?

Wie soll aber Deutschland Zahlungen leisten, wenn sein wirtschaftlich wichtigstes Gebiet, und das ist das Ruhrgebiet, wirtschaftlich gelähmt und vom Reiche abgeschnitten ist.

### Belgiens Rolle bei den kommenden Verhandlungen.

Paris, 18. Juli. Nach dem Brüsseler Berichterstatter des „Echo de Paris“ befindet sich der Pariser belgische Botschafter gegenwärtig in Brüssel, wo er mit Themis und Jaspars zahlreiche Unterredungen habe. Das Brüsseler Kabinett sei von der Bedeutung der Rolle überzeugt, die ihm bei der gegenwärtigen Lage zukomme. Es könne nicht die Rede davon sein, daß Belgien als Vermittler zwischen Frankreich und England auftritt, da es am Prozesse beteiligt sei. Vor allen Dingen müßten die belgischen Interessen verteidigt werden. Die belgischen Minister aber könnten in dem Augenblicke eine nützliche Rolle spielen, wo es um sein werde, die Standpunkte Englands und Frankreichs zu klären und unter einander auszugleichen.

### Büchleinverurteilungen von links und rechts.

Berlin, 18. Juli. Für Sonntag, den 23. Juli ist von der kommunistischen Partei Deutschlands ein Antifaschistentag angesetzt, dem eine Werbewoche vom 22. bis 28. Juli voranzugehen soll. Die nationalsozialistischen Blätter behaupten, daß dies nur der Auftakt zu einem kommunistischen Putsch sei. Die „Rote Fahne“ sagt heute wieder an der Spitze des Blattes, daß die Faschisten den 20. Juli zu einem Tag des Neberfalls auf die Arbeiterschaft machen wollen und ruft zum Alarm der Arbeiterschaft in den Betrieben auf, damit der 20. Juli die Schlagkraft beider zeige.

Die Forderung General Pells, die Konzessionen für die Bank Ottomane auf zwei Jahre zu verlängern, lehnte Ismet Pascha ab, da die Konferenz nicht zuständig sei, versprach aber die Weiterleitung an seine Regierung.

Am Schlusse jeder Komiteesitzung hielten die Präsidenten Sir Horace Rumbold, General Pells und Mantagna längere Ansprachen, in denen sie ihrer Genugtuung über den Erfolg der Verhandlungen und den nunmehr gesicherten Friedensschluß Ausdruck gaben.

Sir Horace Rumbold sprach namens seiner Regierung seine Freude über die Wiederaufnahme der alten freundschaftlichen Beziehungen mit der Türkei aus.

Nach Sir Horace Rumbold wies auch General Pells auf die Jahrhunderte alten Beziehungen zwischen seinem Lande und der Türkei hin und hob hervor, daß der Friede nunmehr virtuell abgeschlossen sei.

Der amerikanische Vertreter begrüßte mit Freude und Dankbarkeit die Wiederherstellung des Friedens und sprach die Hoffnung aus, daß die Geduld und die Aufrichtigkeit, die man während der schweren Verhandlungen gezeigt habe, auch bei der Durchführung des Vertrages anhalten werden.

In seiner Erwiderung am Schlusse der Vollsetzung antwortete Ismet Pascha, der allen Rednern dankte, besonders nachdrücklich für die Rede Rumbolds, und betonte die türkische Freundschaft für England. Er hob u. a. hervor, daß die Türkei auf dem Fuße der vollen Gleichberechtigung nach Lausanne gekommen sei und in Lausanne verhandelt habe.

Der Vertreter Bulgariens wiederholte die früheren bulgarischen Vorbehalte über den Zugang zum Meere.

Der Vertreter Rumaniens, Diamandi, und jener Jugoslawiens, Jovanovic, sprachen das Befremden darüber aus, daß man sie nicht davon verständigt habe, daß die heutige Sitzung die Schlussfikung sei; sie würden daher bei der Unterzeichnung des Friedensvertrages noch besondere Erklärungen über die Haltung ihrer Länder abgeben müssen.

Alle Redner dankten schließlich der Schweiz für die erwiesene Gastfreundschaft. Die Unterzeichnung des Vertrages, die am kommenden Dienstag stattfinden wird, wird von dem gegenwärtigen Unterhändlern unter dem Vorsitz des Schweizer Bundespräsidenten vollzogen werden. Wie bereits gemeldet, wurde Rußland eingeladen, innerhalb dreier Wochen das Meerengenabkommen in Konstantinopel zu unterzeichnen, falls es nicht Vertreter zur Unterzeichnung nach Lausanne entsenden will.

### Beschlagnahmen und Geldbußen.

Frankfurt a. M., 17. Juli. (Wolff.) Im Launus, nördlich von Eltville, wurde ein Geldtransport in der Höhe von 27 Milliarden Mark von den Franzosen beschlagnahmt. — Einer Blättermeldung aus Reddinghausen zufolge ist der Stadt eine innerhalb 20 Tagen zu zahlende Geldbuße von 700 Millionen Mark auferlegt worden. — Blättermeldungen aus dem Ruhrgebiete zufolge wird die um zehn Tage verlängerte Verkehrsperre auf das härteste durchgeführt.

### Löschung von Hochöfen der Kruppwerke.

Düsseldorf, 17. Juli. (Sabat.) Die Martinijöfen der Kruppwerke in Essen wurden gelöscht.

### Zusammenstoß in München.

München, 18. Juli. In dem Münchner Vorort Pasing kam es zwischen Arbeitern und Reichsradikalen zu schweren Zusammenstößen, wobei mehrere Nationalisten schwer verletzt am Platz liegen blieben.

### Beliebte Erhöhung der deutschen Bahntarife.

Berlin, 18. Juli. (Eigenbericht.) Der Eisenbahnrat beschloß heute die durch die neue Geldentwertung notwendig gewordene Erhöhung der Eisenbahntarife, die am 1. August in Kraft treten soll. Die Personenfahrtpreise werden in erster und zweiter Wagenklasse um 30 Prozent, in der dritten und vierten Wagenklasse um 250 Prozent erhöht; die Erhöhung der Frachttarife wird 150 Prozent betragen. Die jetzt beschlossenen Erhöhungen gehen weit über das erwartete Maß hinaus, da die Reichsbahn zum ersten Male die ihr erwachsenen Ruhrschäden in die Tarife ein kalkuliert hat.

### Erhöhung der Bahntarife auch in Ungarn.

Budapest, 18. Juli. (UZZ.) Die Direktion der ungarischen Staatsbahn hat beschlossene, neuerdings mit Wirksamkeit vom 25. Juli die Personentarife um 100 Prozent und die Frachttarife um 50 Prozent zu erhöhen.

## Tages-Neuigkeiten.

**Der Mussolini-Krater.** Franz-Josef-Brücke, Elisabethbad, Wilhelmkanal, Jitahöhe — dergleichen ist uns noch geläufig. Man ehrt eben „berühmte“ Herren und Damen, so gut man konnte. Und es wäre gar nicht zu verwundern, wenn jetzt in Italien Brücken und Bauten, Berge und Täler nach Mussolini benannt würden, der doch ein Land als „Herrscher“ genau so beglückt wie weiland Franz Josef oder Karl das alte Oesterreich selig machten. Den italienischen Fascisten scheinen aber jedenfalls Bezeichnungen wie „Mussolini-Bahnhof“ oder „Mussolini-Schwimmhalle“ zu banal zu sein und darum ersannen sie für ihren Häuptling etwas ganz Besonderes, wie folgende Nachricht bezeugt, die das Tschechische Presbureau in dankbarer Verehrung und Bewunderung für den italienischen Diktator weiterverbreitet:

Paris, 17. Juli. Die Blätter melden aus Rom: Ein infolge der jüngsten Eruptionen des Aetna neugebildeter Krater neben dem Krater Fero und dem Monte Rebe wird zu Ehren des italienischen Ministerpräsidenten Mussolini-Krater genannt werden.

Wie sinnig! — um nicht zu sagen: wie anzüglich! Der feuerpeiende Berg, der immer wieder Verderben über jene bringt, die in seinem Schatten siedeln, wird in „ehrenvolle“ Beziehung mit Mussolini gebracht. Nun haben die abergläubischen Bauern Siziliens ein Symbol an dem neuen Krater des Aetna. Seit dem letzten Ausbruch des Vulkan leben sie in ständiger Angst und furchsam und erbittert blicken sie hinüber zum „Mussolini“ — versteht sich, zum Mussolini-Krater. Hoffen wir, daß die Bevölkerung der Insel fortan vor Eruptionen des Mussolini-Kraters, so wie das ganze italienische Volk vor Ausbrüchen des Kraters Mussolini verschont bleibt.

### Die enttäuschten Münchener Halenkreuzer.

Das Vorgehen der Polizei gegen die Hitlergarde und gegen die von ihr mißbrauchten Turner hat die nationalsozialistische Parteileitung und die mit ihr sympathisierenden Kreise Münchens in große Enttäuschung versetzt. Die Vaterländischen Verbände Münchens lassen durch ihr Leitblatt, die „Münchener Zeitung“, verkünden, daß sie bei Annulling deswegen vorfällig werden wollen und das genannte Blatt selbst knüpft an diese Mitteilung den Satz: „Die Art, wie die Schutzleute vorgegangen sind und deutsches Blut vergossen wurde, ist tieftraurig.“ Hitler selbst hat noch am Samstagabend ein Extrablatt seines „Völkischen Beobachters“ herausgegeben, in dem er in einem offenen Brief an die bayerische Regierung den allerhöchsten Einspruch erhebt und die Erklärung abgibt, daß er und seine Partei es nun ablehnen, der Regierung fernere als Notpolizei zur Verfügung zu stehen. Seine Partei könne aus Pflichtgefühl und dem deutschen Volke gegenüber nicht eine Regierung unterstützen, deren Behörden sich als Schützer des uns verhehenden Judentums und zur blutigen Bekämpfung der nationalen Bewegung hergeben. Damit hat Hitler in seiner Wut offenbar aus der Schule geplündert. Verhält es sich in der Tat so, daß die halenkreuzerischen Sturmtruppen von der bayerischen Regierung und, was wohl wahrscheinlich ist, von der Polizeidirektion München als Notpolizei verpflichtet worden sind, dann muß man dies als einen unerhörten Skandal bezeichnen, der politisch nicht ohne Folgen bleiben dürfte. Hitlers Versuch, das Turnfest für seine Zwecke zu erobern, ist im übrigen kläglich mißglückt. Die für Montag angelegte Versammlung wurde verboten. Ein starkes Schutzmannaufgebot hätte die Zugänge zum Zirkus Krone. Der „Völkische Beobachter“ ist auf acht Tage verboten, seine beiden letzten Nummern wurden beschlagnahmt. Beunruhigt wirkt die bewegliche Lage in der Samstagnummer dieses Blattes, daß die Freileitung des Turnfestes den Schützer der deutschen Heimat, Ludendorff, erst am 14. Juli sozusagen als letzten Gast eingeladen habe, während krauslockige Sigawindianer verhaschelt wurden. Der Einfluß der Halenkreuzer auf das Turnfest beschränkte sich im übrigen nach dem kläglichen Fiasko am Samstag auf die nächtliche Eroberung einer schwarz-rot-goldenen Fahne auf einem Mast des Hauptbahnhofes.

**Hohenzollernstreik.** Der sozialdemokratische Parlamentsdienst meldet: Neben seinen Gläubigern aus dem Versailler Vertrag hat Deutschland noch die Hohenzollernschen Gläubiger in Holland, die sich ebenso rabiat wie Poincare bemühen, den letzten Pfennig aus dem deutschen Volke herauszupressen. Augenblicklich tut sich wieder der Exkronprinz hervor. Durch die Rechtsprelle läßt er drohen, daß jetzt seine Geduld ein Ende habe. Wenn der preussische Staat ihm nicht bald die Herrschaft Dels in Niederschlesien als Privateigentum zuspreche, werde er mit dem preussischen Finanzminister vor den Rabi gehen. Bekanntlich wurde die Herrschaft Dels in den Novembertagen 1919 einseitig beschlagnahmt. Da die Eigentumsverhältnisse aber durchaus unklar waren, erkannte Genosse Lüdemann als preussischer Finanzminister ein Abkommen vom 22. Jänner 1921 nicht an, das tatsächlich die Herrschaft Dels dem Exkronprinzen zusprach. Die Rechtsprelle behauptet nun, daß Lüdemann sich von politischen Motiven habe leiten lassen, und daß es auch politische Gründe wären, die den Antrag des Genossen Müller-Fronken im Reichstage veranlaßten, durch dessen Annahme die Grundzüge der Reichsverfassung zum Gunsten der vormalig regierenden deutschen Fürstentümer außer Kraft gesetzt werden sollen. Ganz recht. Neben anderen sind es auch politische Gründe, die die Sozialdemokratie in ihrer bekannten Haltung in der



# Helfershelfer Ehrhardts verhaftet.

## Angehörige deutschösterreichischer Kreise. — Weitverzweigte Geheimbündelei.

Berlin, 18. Juli. (Eigenbericht.) Die Bemühungen der sächsischen Polizei haben insofern einen Erfolg gehabt, daß man einige Helfershelfer bei Ehrhardts Flucht ermittelt und mehrere bereits festgenommen hat. Es stellte sich heraus, daß sie — wie zu erwarten war — deutschnationalen Kreisen angehören und wiederholt an rechtsradikalen Untritten teilgenommen haben. Dabei zeigte sich, daß der Kreis der Mitwisser viel größer ist, als man ursprünglich angenommen hatte.

Es bleibt nun abzuwarten, ob der Reichskanzler endlich seine Pflicht erfüllen und mit einem energischen Ruck von der deutschnationalen Verbrecherbande abrücken wird.

### Ehrhardts Helfershelfer.

Berlin, 18. Juli. Die sozialistische „Dresdener Volkszeitung“ meldet, daß gegen den Geistlichen des Leipziger Gefängnisses der Verdacht besteht, an der Flucht Ehrhardts mitgewirkt zu haben. Die „Sächsische Staatszeitung“ bestätigt, daß eine Anzahl von Gefängnisbeamten verhaftet worden ist.

Leipzig, 18. Juli. (Wolff.) Die Nachforschungen nach den Helfershelfern Ehrhardts haben, wie die Polizei mitteilt, folgendes ergeben: Der Führer des Kraftwagens war der Kaufmann Franz Hermann Göb, geboren am 8. Mai 1899 in Plauen i. V., zuletzt in Leipzig-Stötteritz wohnhaft. Als zweiter Helfershelfer kommt der Student Hermann Rasso v. Prinz, geboren am 13. Juli 1900 in Berlin, in Betracht. Rasso v. Prinz mußte sich schon lange Zeit vor der Flucht Ehrhardts in Leipzig aufgehalten haben, ohne polizeilich angemeldet gewesen zu sein. Er muß in Wohnungen seiner Gesinnungsgenossen gewohnt haben. Im Gegensatz zu Göb, der nach der Flucht Ehrhardts in Leipzig nicht mehr

gesehen worden ist, wurde Rasso v. Prinz noch zwei Tage nachher, also am 15. Juli, gesehen. Beide sind der Polizei nicht unbekannt. Göb gehört der deutschnationalen Volkspartei an, auch war er Mitglied der Orgesch in München. Rasso v. Prinz, der zur Zeit des Erzberger-Mordes bei der Organisation Consul in München arbeitete, verlegte nach dem Attentat seinen Wohnsitz nach Hamburg. Er sah dort wegen Geheimbündelei und eines Sprengstoffattentates auf eine sozialdemokratische Zeitung in Unterzuchtungshaft. Wie festgestellt worden ist, hat Göb bei der Flucht Ehrhardts im Auto zwei Koffer mit Schusswaffen mitgeführt. Am Dienstag wurde in Leipzig eine weitere Reihe von Personen festgenommen, die im Verdachte stehen, die Flucht begünstigt zu haben.

München, 16. Juli. Aus Anlaß der Flucht Ehrhardts hat der Oberreichsanwalt Haftbefehl gegen diejenigen Personen erlassen, die wegen Begünstigung des Ehrhardt-Hochverrats mitangeklagt sind. In Frage kommen: Margarete von Hohenlohe-Wehringen, wohnhaft in München bei Professor Dr. Schloffer in Schaflach bei Tegernsee und der ehemalige Marineleutnant und Student Liebig. Die Prinzessin wurde noch am Sonnabend verhaftet und nach Leipzig überführt, während Dr. Schloffer, der seit einer Woche Verrent des bayerischen Ordnungsblocks ist, auf Grund eines amtsärztlichen Attestes, demzufolge der 67jährige Mann nicht transportfähig ist, auf freien Fuß gelassen wurde. Die Verhaftung des Liebig konnte noch nicht vollzogen werden, da sein augenblicklicher Aufenthalt der Polizei nicht bekannt ist. — Ein Teil des Gefängnispersonals des Leipziger Untersuchungsgefängnisses in der Beethovenstraße ist ebenfalls in Haft genommen worden.

Paris der Oberst des Generalstabes und Militärattaché der Tschechoslowakischen Republik in Berlin, Emil Sondl, in einem Pariser Hotel infolge Blutandrangs plötzlich gestorben. Zu dem Tode Sondls meldet der „Matin“: Oberst Sondl kam am 15. Juli auf seiner Urlaubsreise nach Paris und erklärte, sich daselbst nur drei Tage aufhalten zu wollen. Er lehrte spät nachts in das Hotel zurück und verließ Montag nicht sein Zimmer. Nachdem ein Hotelangestellter vergebens an der Tür geklopft hatte, wurde diese geöffnet und die Leiche des Obersten im Bett ohne irgendein Zeichen von Gewaltanwendung, jedoch bereits in Verwesung vorgefunden. Auf dem Tische befand sich ein Glas mit einer farblosen Flüssigkeit. Im Koffer wurden einige ausländische Fahrkarten und Papiere vorgefunden. Die Kleider des Obersten waren sorgfältig zusammengefaltet. Auf dem Tische wurde außerdem ein Rundreisbillett in die Provinz Touraine mit Gültigkeit vom 18. Juli vorgefunden und ein Schreiben, in welchem Oberst Sondl die Reise nach Paris rühmt und sich nur über die große Hitze beklagt. Es scheint, daß der Oberst ermüdet ins Hotel zurückgekehrt war und, als er sich erfrischen wollte, einem Blutandrang erlag.

Der Nord in Eichwald. Wie der Leipziger Gendarmenbericht aus Gera mitgeteilt wird, haben die dort verhafteten Brüder Gustav und Ernst Leichmann ein umfassendes Geständnis abgelegt. Sie gaben zu, daß sie den Gastwirt Brodatsch in Eichwald ermordet haben.

Verhaftung eines Kirchenbrechers. Aus Dresden wird gemeldet: Eine Patrouille der

dortigen Polizei hielt auf der Straße einen Mann an, welcher einen schweren Rucksack trug. Auf der Polizeiwache entpuppte er sich als der 37jährige Schied aus Kropfriesen, welcher vor kurzem in die dortige Kapelle eingebrochen war und wertvolle Kirchengüter gestohlen hatte. In seinem Rucksack fanden sich u. a. einige Abendmahlsgläser, ein Tabernakel, silberne Leuchter, Regenschirme usw., die er in Dresden zu veräußern gedachte. Der Kirchenräuber wurde ins Untersuchungsgefängnis gebracht und dürfte baldigt an die Tschechoslowakei ausgeliefert werden.

Die Julihitze. Auf den kalten Juni dieses Jahres ist im Juli eine Hitze gefolgt, die das entgegenge setzte Extrem darstellt. Volle zehn Tage hindurch hat in ganz Europa, besonders aber in den zentralen Gebieten sehr beständiges und heftiges Hochdruckwetter geherrscht, und diese ununterbrochene Reihe von Sommertagen hat endlich einen Erfolg für die Hitze des Frühjahrs und Vorfrühjahrs. Besonders intensiv war die Hitze während der letzten drei Tage dieser Periode, die am Sonntag durch sehr zahlreiche Gewitter zunächst ins Ende gefunden hat. Mit Ausnahme einiger Stellen des Küstengebietes wurden überall 30 Grad Wärme erreicht, meist jedoch erheblich überschritten. Am Samstag, den 14. Juli brachten es z. B. Bremen und Hamburg, Aachen und Breslau auf 34, Frankfurt a. M., Karlsruhe, Berlin und eine Reihe anderer Orte auf 35 Grad Celsius. Ebenso warm war es in Zürich, Posen, Eger und Florenz. Straßburg erreichte 36, Magdeburg 37, Olmütz sogar 40 Grad Wärme. Ein so hoher

einem Wagen hatten, der von einem Pferde gezogen wurde. Hier war es das Pferd, das die Kinder erfreute und daher manches Stückchen Brot oder Zucker bekam.

Unter den fahrenden Leuten gab es auch welche, die durch die Eitelkeit der Dorfbewohner ihr Dasein fristeten. In einem Wägelchen, das sie selbst zogen, hatten sie ihren Handrat. Die Weiber und recht viele Kinder waren damit beschäftigt, in die kleinen Blechrahmen Spiegel einzulegen oder Wandlörbchen aus Pappdeckel zum Aufbewahren der Räumchen anzufertigen. Ein bis zwei Kreuzer, die größeren fünf Kreuzer, kostete ein solcher Spiegel. Nicht lange nach ihrem Einzuge ins Dorf blühte es bald da, bald dort und mancher brummige Alte hatte öfters Gelegenheit, die Buben auszuganzeln, weil sie immer wieder die mit dem Spiegel ausgefangenen Sonnenstrahlen auf seinem Kopf balancierten.

Bald wieder dudelte durchs Dorf ein Mann im sackleimernen Gewande mit breitem Hut am Kopfe, über die Schultern ein buntes Tuch geworfen und bot, unterstützt von der wachgerufenen Schnulst der Buben, seine Holzflöten an. Sein Lied auf einem dieser achtstimmigen Instrumente spielend, ging er gemächlichen Schrittes von Haus zu Haus. Um ihn, als wäre er ein Mattenfanget von Hameln, die frohe Schar der Dorfbuben.

Fuhr durch das Dorf der schmalgebaute Wagen, dessen Dach und Seitenwände aus Stroh geflochten waren und die saure Ware des Weinessighändlers aus Istrien enthielt, so ahnte bald in diesem, bald in jenem Teile des Dorfes die wachende Kinderchar den Ruf: „Weinessig! Weinessig!“ nach.

Der Dudelsackpfeiler und sein ihm mit der Schalmei begleitender Kamerad lenkte ein andermal wieder die Aufmerksamkeit der Dorfbewohner auf sich. Ihre eigenartige Kleidung, ihre Instrumente und ihre dudelnden Weisen zog die auf alles neugierige Dorfgemeinde herbei. Sie

Wert kommt in Mitteleuropa nur in ganz heißen Sommern vor; er wurde beispielsweise auch im Sommer 1921 verzeichnet. Ueberhaupt sind in Mitteleuropa Temperaturen von mehr als 33 Grad Celsius schon Ausnahmerscheinungen und kommen wenigstens in jedem Sommer vor. Auch Sonntag war es vor der Entladung der Gewitter noch überall sehr heiß; so wurden beispielsweise in Bamberg 36 Grad Celsius erreicht. Von vereinzelt abgesehen, hat es so ungewöhnlich hohe Temperaturen innerhalb weiter Gebiete Mitteleuropas nur in den heißen Sommern 1921, 1911 und 1904 gegeben. Dabei sind diesmal an einzelnen Orten mittlere Tagestemperaturen von einer nie zuvor beobachteten Höhe vorgekommen. Beispielsweise lag am 14. Juli das Tagesmittel in Berlin mit 30,2 Grad Celsius höher als je zuvor in 200 Jahren, obwohl die absolute Höchsttemperatur des Tages mit 34,2 Grad Celsius noch erheblich hinter dem höchsten Temperaturwert zurückgeblieben ist, den Berlin — mit 37,5 Grad Celsius — in den Jahren 1781 und 1819 erlebt hat. Die gleichmäßig hohe Temperatur, die weder frühmorgens noch spät am Abend etwas gemindert war, hatte das Rekordtagesmittel des 14. Juli 1923 ausgelöst. Das verhältnismäßig häufige Eintreten sehr heißer Tage in der neuesten Zeit ist eine bemerkenswerte Erscheinung, die der verbreiteten Annahme widerspricht, als ob die Sommer in früheren Zeiten viel heißer gewesen seien. Davon kann in Wirklichkeit gar keine Rede sein. Wenn es sich aber aus den Berliner Beobachtungen, die sehr sorgfältig sind und für weite Teile Norddeutschlands seiner wesentlichen Korrekturen bedürfen, ergibt, daß z. B. in den ganzen 32 Jahren von 1868 bis 1900 nicht ein einziges Mal eine mittlere Tagestemperatur von 28 Grad Celsius vorgekommen ist, während Berlin seit dem Beginn des 20. Jahrhunderts, also in 23 Jahren, bereits neun Tage mit einem Tagesmittel von 28 Grad Celsius und mehr gehabt hat, darunter jetzt einen Tag, der noch um 0,6 Grad Celsius wärmer gewesen ist, als der bisher allerwärmste Tag in der Berliner Witterungsgeschichte (10. August 1902 mit 29,6 Grad Celsius). So ist eine Tendenz zur Zunahme der ganz heißen Tage zumindest in den Großstädten nicht zu verkennen. Und wenn die gewaltigen Steinmassen der Großstädte einer besonders starken Erhitzung auch ungewöhnlich günstige Vorbedingungen bieten, so muß natürlich trotzdem durch sehr warmes Hochdruckwetter ganz allgemein dafür die Möglichkeit gegeben sein, so daß es, wie ja auch die Erfahrung lehrt, an solchen Tagen innerhalb weiter Gebiete ungewöhnlich warm ist. Auf alle Fälle kann jedoch von einer Abnahme der Sommerwärme in unseren Breiten nicht gesprochen werden; das Gegenteil scheint ziemlich sicher der Fall zu sein.

Reife Himbeerernte in der Slowakei. In der Slowakei wurden heuer 800 Meterzentner Himbeeren geerntet. Die Händler sind in großer Verlegenheit, was sie mit den Früchten beginnen sollen, da die Fabriken für Fruchtkonserven nicht arbeiten und die Ausfuhr sehr erschwert ist, einerseits wegen der gespannten Handelsverhältnisse mit Holland und Belgien, andererseits wegen der Verderblichkeit der Waren bei langer Fahrt. In der Angelegenheit wurde beim Verordnungsministerium interniert, das eine rasche Entscheidung treffen muß, wenn die Himbeeren nicht dem Verderben preisgegeben sein sollen.

Töbische Unfälle beim Baden. Der 36jährige Oberleutnant Josef Kaxirel aus Prag-Russie ist Dienstagabend beim Baden in der Nähe der Bodolter Schwimmschule ertrunken. Sein Leichnam konnte bald geborgen werden. — Einer Meduna aus Eger zufolge, ertrank dortselbst in der Eger bei Postberg der 23jährige Soldat Anton Machulda des 1. Reiterregimentes in Postberg. — Der 21jährige Zimmermann beim Raadener Elektrizitätswerk, Gustav Schneider aus Klötze, erlitt am Donnerstagabend beim Baden in der Eger einen Schlaganfall, ging unter und ertrank. Erst nach einer Stunde konnte die Leiche aufgefunden werden.

Eindreherei in Prag. Die Prager Polizei verfolgte Dienstagabend die beiden Diebe Emanuel Bata und Johann Hanus, die von Zizkow auf der Straße gegen Hrbloky entflohen wollten. Auf der Flucht gaben die beiden einige Schüsse gegen die Polizisten ab, die ihrerseits mit Alarmgeschüssen erwiderten, von denen einer den Bata in den Schenkel traf, so daß er zu Boden stürzte und verhaftet werden konnte. Hanus lief weiter, wurde jedoch von der Polizei eingeholt und ebenfalls festgenommen. Bei der Leibesvisitation wurden bei dem Lehmannen, der seinen Revolver auf der Flucht weggeworfen hatte, 24 Patronen, ein Bata eine Militärpistole und ein Browning vorgefunden.

Vom Schlachtfeld der Arbeit. Gestern um 11 Uhr vormittags wurde in der Sandgrube in der Nähe des Hofes „Halla“ am Smichow der 34jährige Arbeiter Wenzel Mathys aus Smichow Nr. 114 durch herabfallenden Kalk aus der Höhe von vier Metern verschüttet und ihm so schwere innere Verletzungen beigebracht, daß er in kurzer Zeit verstarb. Der Polizeiarzt stellte Tod durch Ersticken und innere Verletzungen fest und ließ die Leiche des Unglücklichen gleichsamt gerichtlicher Leektion in das anatomische Institut überführen.

Ein elfjähriger Knabe als Lebensretter. Sonntag badete die vierzehnjährige Helene Böhm aus Szaraborf bei Bruck an der Leitha in der Leitha und geriet an eine tiefe Stelle. Des Schwimmens unfähig, begann sie zu sinken. Der in der Nähe badende Sohn eines Werkmeisters aus Wien, der elfjährige Eduard Wohlfahrt, schwamm sofort zu dem sinkenden Mädchen und nach wiederholten Unter-tauchen gelang es ihm, es bei den Haaren zu erfassen und es wohl erschöpft, aber lebend ans Ufer zu bringen.

Genossen, leset und verbreitet die Arbeiterpresse.

Vermögensauseinandersehungsfrage mit den Ex-Königen und Ex-Prinzen bewegt. Das Ausland wird es keineswegs verstehen können, wenn das Deutschland, das sich vor der ganzen Welt für bankrott erklärt und Zahlungsausschuss und internationale Anleihen wünscht, den Leuten, die ihr gerüttelt Maß Schuld an dem gegenwärtigen Elend des deutschen Volkes tragen, Goldmillarden schenkt, die zum Teil doch nur zur Stärkung der monarchistischen Reaktion gegen die Republik und die Demokratie Verwendung finden würden. Den Drohungen der Reichspresse, daß die bürgerlichen Parteien zum Beispiel im Landtage der Argumentation der Sozialdemokratie nicht folgen werden, begegnen wir vorläufig mit dem Hinweis, daß doch einmal der Augenblick kommen kann, in dem sich das Volk gegen die Ansprüche seiner ehemaligen „Herrscher“ eindeutig entscheiden könnte. Wir sind überzeugt, daß dann die Würfel zuungunsten der hohenzollernschen Hölle fallen werden.

Strassenbahnunglück in Colmar in Luxemburg. Dieser Tage fuhr in Colmar ein Wagen der elektrischen Strassenbahn, der den Verkehr nach H o n e d versieht, infolge Versagens der Bremsen mit voller Wucht einen von ihm fahrenden erkrankten Berg wieder zurück und stieß gegen einen Wagen, der hinter ihm auf der Strecke gefahren kam. Die beiden Wagen wurden vollständig zertrümmert. Mit schwerer Mühe gelang es, aus den Trümmern acht Tote und über 50 Verwundete heranzuziehen.

Ein türkischer Offizier in der Türkei. Die Blätter melden aus Konstantinopel: In der Eskorte, die am letzten Freitag den Kalifen zur Verrichtung der Gebete in eine Stambulische Moschee geleitete, befand sich auch eine türkische Frau namens Kara Fatima Hanum, die am Kriege gegen Griechenland teilgenommen und die Leutnantscharge erlangt hat.

Mißglückter Raubmordversuch. Am Freitagabend wurde der Heger Wenzel Cervený aus Mesno auf dem Heimwege von dem ihn begleitenden 18jährigen Tischlergehilfen Johann Smolik aus Mesno mit einem eisernen Stöckel plötzlich in den Kopf geschlagen. Da der Heger die Kraft hatte, um Hilfe zu rufen, entflohen der Angreifer. Der Heger verlor das Bewußtsein; als er zu sich kam, schleppte er sich nach Hause und wurde sodann ins Krankenhaus überführt. Der Raubgefelle wurde von der Gendarmenrie verhaftet und gestand, in die Enge getrieben, daß er den Heger ermorden und berauben, mit dessen Revolver von der Hegerin die Herausgabe aller Wertgegenstände erzwingen und sodann nach der Slowakei flüchten wollte.

Leichensund in einem Moorsteich bei Deutsch-Gabel. Dieser Tage badete der 17jährige Sohn des Bindermeisters Josef Runge aus Deutsch-Gabel in dem sogenannten Thunsteich, der sich innerhalb des bei Deutsch-Gabel gelegenen Moores befindet. Der junge Runge verlor aber den Boden unter den Füßen und begann zu sinken, da er nicht schwimmen konnte. Als ihm einer seiner Mitarbeiter zu Hilfe eilte, kammerte sich Runge derart fest an ihn, daß die Gefahr bestand, daß beide ertrinken würden. Der Mitarbeiter des Runge sah sich daher gezwungen, sich loszureißen und Runge seinem Schicksal zu überlassen. Um die Leiche zu bergen, ließ man das Wasser des Teiches durch die Schleusen aus. Als dann die Schleusen wieder geschlossen werden sollten, fand man in der Nähe der einen Schleuse die Leiche eines ukrainischen Stabsfeldwebels, der bei der seinerzeit in Deutsch-Gabel untergebrachten Brigade gedient hat und jedenfalls schon seit Monaten bereits im Wasser lag. Es konnte bisher nicht aufgeklärt werden, ob es sich um ein Verbrechen oder einen Unglücksfall handelt.

Plötzlicher Tod eines tschechoslowakischen Generalstabsobersten in Paris. Wie Sabas meldet, ist in

## Verstümmelte Dorfgäule.

Zahlreich sind die Veränderungen in den Dörfern des nordwestböhmischen Industriegebietes. Hier soll nicht davon gesprochen werden, daß die Dampflampe, die einst mit ihrem flackernden Scheine ein wenig das Dunkel der Dörfer erhellte, von der elektrischen Glühbirne verdrängt wurde, daß vieles im Hof und Stall der Bauern heute so ganz anders ist als es noch vor 15 bis 20 Jahren war; auch nicht von dem durch die Wasserleitung ersetzten Dorfbrunnen, sondern von jenen erwerbsmäßig fahrenden und wandernden Menschen, die in früherer Zeit ins Dorf kamen, für wenige Stunden die Stille des Dorfes störten und für die Dorfgäule Erlebnis waren.

Wenn der Ruf erscholl: „Der Bärenreißer kommt!“ so waren bald alle Buben und Mädchen beisammen, umringten den sonderlichen Gesellen und verließen ihn erst, bis er selbst das Dorf verlassen. (Wie lange noch erzählen sich die Kinder vom großen schwarzen Bären und mancher Junge schiderte mit Begeisterung, wie er sich an den Bären heranschlich und dessen Fell stupfte. Es war Freude und Staunen für die Kinder, wenn der Bärenreißer den langen Stod hob, den oder gar die Bären auf die Hintertatzen zu stehen brachte, sie zum Tanze zwang, dabei sein eigenartiges Lied brummte und es mit einer Handtrommel begleitete.)

Ein andermal wieder waren es schwer melandolische Weisen eines „italienischen Leierkastemanns“, die die Kinder herbeilockten. Befand sich auf der Drehorgel ein Papagei, der mit seinem krummen Schnabel Gläubchen zog, oder ein in Soldatenumiform gekleideter Affe, der salutierte, „Nacht acht!“ stehen konnte und auf Kommando sogar ein Gewehr absenkte, so liefen die Kinder bis zum Ende des Dorfes mit. Auch solche Drehorgelgänger kamen ins Dorf, die eine große Drehorgel oder ein Drehpiano auf

Wigand Schneider (Raaden).



# Volkswirtschaft und Sozialpolitik.

## Der Streik der Glasarbeiter.

### Möglichkeit einer baldigen Einigung.

Aus Gablonz wird uns berichtet:

Dienstag nachmittag fanden in Gablonz Verhandlungen über Veranlassung des Gewerbeinspektors statt, wobei es zwischen den Streitparteien zu keiner Einigung kam. Die Vertrauensleute bemühten sich, durch einen Vermittlungsvorschlag die kritische Situation zu beseitigen und eine Verhandlungsbasis zu finden. Die in diesem Vorschlag gestellten Bedingungen der Arbeiterschaft wurden von den Unternehmern abgelehnt und dieselben erklärten, daß an eine Verhandlung nur gedacht werden kann, wenn zuerst die Arbeit zu den distinkten Bedingungen aufgenommen wird. Die Unternehmer seien aber nicht in der Lage, alle Arbeiter wieder einzustellen und es müßte infolgedessen eine größere Anzahl als entlassen angesehen werden. Ferner erklärten sie propä, daß über eine Verminderung ihres Lohnniveaus überhaupt nicht mehr gesprochen werden könne.

Dadurch war eine Situation geschaffen, wodurch der Abbruch der Verhandlungen sehr nahe lag und es ist nur der Umsicht der Gewerkschaftsvertreter zu verdanken, daß von dieser Haltung der Unternehmer nicht jede Verhandlungsmöglichkeit fallen gelassen und die Möglichkeit offen gelassen wurde, daß am Mittwoch nachmittag neuerdings die Verhandlungen fortgesetzt werden könnten.

Ueber das Ergebnis der letzten Verhandlungen liegt noch kein genaues Ergebnis vor. Jedoch besteht die Hoffnung, daß die Möglichkeit einer Einigung gegeben ist, da in einzelnen Punkten die Unternehmer bereits von ihrem schroffen Standpunkt abgeklappt haben. Es wird das Gesamtergebnis, das die Verhandlungen am Mittwoch gezeigt haben werden, heute einer erweiterten Vertrauensmännerversammlung zur Beschlusfassung vorgelegt werden. Werden diese Verhandlungen denselben Fortgang nehmen, wie das bisherige Ergebnis zeigt, so steht tatsächlich eine Einigung in diesem schweren Konflikt bevor. Die Streiksituation ansonsten ist noch eine tadellose, so daß die Unternehmer damit rechnen müssen, daß auf längere Zeit hinaus an einen Abbruch des Kampfes nicht gedacht wird. Dieser Umstand wird sie wohl zu einigen Zugeständnissen noch bewegen.

## Die Regierung gegen die deutschen Arbeitslosen.

Wir haben gestern von dem unerhörten Vorgehen des Ministeriums für soziale Fürsorge gegenüber den Hallenauer Arbeitslosen gemeldet. Wie bekannt, wurden dort bei der Egerregulierung 189 tschechische Arbeiter eingestellt. Da man so viel tschechische Arbeiter im Bezirke Hallenau nicht aufbringen konnte, hat man auch aus Elbogen nach Hallenau tschechische Arbeiter berufen, ohne Rücksicht auf die tausenden deutschen arbeitslosen Arbeiter im Hallenauer Bezirke.

In dieser Angelegenheit hat nun gestern Senator Genosse F a r o l i m beim Minister für soziale Fürsorge vertritt, interveniert. Genosse F a r o l i m erhob schärfsten Einspruch gegen die bewußt durchgeführte Drangsalierung der deutschen Arbeiter, und verwies darauf, daß ein derartiges Vorgehen der Regierung von den schwersten Folgen begleitet sein könnte. Minister S r b a versprach, daß er mit dem Minister des Innern bezüglich des Erlasses der politischen Bezirksverwaltung sprechen werde. Man kann nun neugierig sein, was die Regierung tun wird.

**Handelsvertragsverhandlungen mit Oesterreich.** In der nächsten Zeit sollen, — wie die „Prager Presse“ meldet, — die Verhandlungen mit der Republik Oesterreich, betreffend Abschluß eines Handelsvertrages eingeleitet werden. Das bezügliche Material ist bereits vorbereitet und es soll ein vollkommener Tarifvertrag abgeschlossen werden, der auf der Grundlage des Meistbegünstigungsrechtes beruhen soll. Auch mit Italien und der Schweiz wird es in der nächsten Zeit zu Handelsvertragsverhandlungen kommen.

**Die Zahl der Arbeitslosen in England** betrug in der mit dem 8. Juli endenden Woche 1.118.000, d. h. um 296.000 weniger als am 1. Jänner d. J.

**Von einer inneren Anleihe?** Wie das „Lesse Globe“ schreibt, gedenkt der Staat das Geld, das er in der nächsten Zeit benötigt, auf dem Wege einer inneren Anleihe zu beschaffen und hat das Angebot einer englischen Bankgruppe nach Gewährung einer Anleihe abgelehnt. Im Herbst soll außer der inneren Anleihe auch der zweite Teil der in London im vorigen Jahr abgeschlossenen Anleihe aufgelegt werden.

## Devisenkurse.

### Zürcher Schlusskurse am 18. Juli.

	Geld	Ware
Paris . . . . .	23.97/00	33.50/00
London . . . . .	20.23/00	20.29/00
Berlin . . . . .	0.00.23/00	0.00.24/50
Holland . . . . .	24.45/00	24.55/00
Poland . . . . .	224.00	225/00
Wien . . . . .	0.00.80/50	0.01.81/00
Budapest . . . . .	0.05/50	0.06/25
Wars . . . . .	17.05/00	17.15/00
New York . . . . .	5.71/00	5.73/00
Belgrad . . . . .	0.10/00	0.15/00
Warschau . . . . .	0.00.42/00	0.00.48/00

## Die tschechische Krone notiert in:

Zürich . . . . .	Schw. Franc	17.10/00
Berlin . . . . .	Mark	6520.00
Wien . . . . .	östr. Kr.	2128.00

## Prager Kurse am 18. Juli.

	Geld	Ware
100 holl. Gulden . . . . .	1309/00	1313/00
10.000 Mark . . . . .	1.29/00	1.49/00
100 belg. Francs . . . . .	161.00/00	162.50/00
100 schwed. Franc . . . . .	580.75/00	583.25/00
1 Pfund Sterling . . . . .	152.75/00	154.25/00
100 Lire . . . . .	142.00/00	143.50/00
1 Dollar . . . . .	33.22/50	33.92/50
100 irana. Francs . . . . .	104.75/00	106.25/00
100 Dinar . . . . .	35.75/00	36.25/00
10.000 magyar. Kronen . . . . .	34.00/00	36.00/00
10.000 poln. Mark . . . . .	2.40/00	2.90/00
10.000 östr. Kronen . . . . .	4.43/00	4.94/00

## Literatur.

**Schutz der Republik.** Erläuterung des Gesetzes vom 19. März 1923. Im Verlage des Parteivorstandes der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei erschienen. 72 Seiten stark. Das Buch enthält den gesamten Text des „Gesetzes zum Schutze der Republik“ vom 19. März 1923 und zu jedem Paragraphen eine ausführliche juristische Erläuterung. Weiter enthält das Buch den vollständigen Text des Gesetzes über das Staatsgericht vom 19. März 1923. Es ist seit jeder als Mangel empfunden worden, daß die Rechtskenntnis der weiten Schichten infolge der kapitalistischen Gesellschaftsordnung viel zu wünschen übrig lassen. Auf dem Gebiete des politischen Strafrechtes hat die jahrzehntelange Erziehungsarbeit unserer Presse, insbesondere der „Arbeiterzeitung“ Abhilfe geschaffen und ihren Lesern auf diesem Gebiete Kenntnisse vermittelt, die es oft mit den in Hörsälen erworbenen aufnehmen konnte. Eine verhältnismäßig harmlose unter den vielen schädlichen Folgen des Gesetzes ist die, daß unter politisches Strafrecht nunmehr auf ganz andere Grundlagen gestellt ist und die Kenntnisse des bisher geltenden Rechtes nicht mehr unmittelbar anwendbar sind. Unser Parteivorstand hat darum einem dringenden Bedürfnisse entsprochen, wenn er einen Kommentar zum Schutzgesetz herausgegeben hat, der mehreren Aufgaben auf einmal gerecht wird: Er macht mit dem nun geltenden Recht bekannt, erörtert in sachlicher Weise die einzelnen Bestimmungen und ist so für unsere Parteigenossen ein Lehrbuch und eine Warnung vor dem Rev. der 12 Paragraphen. Die Bedeutung der Broschüre liegt ferner darin, daß durch ihre zusammenfassende Darstellung dem allzu vergesslichen Leser noch einmal vor Augen geführt wird, was dieses vielumstrittene Gesetz zum Schutze der Republik alles enthält, welche Gefahren es birgt und welchen Schaden alle jene, die durch Handlungen und Unterlassungen sein Zustandekommen ermöglichen, der Arbeiterbewegung zugefügt haben. Der Kommentar wird endlich, wenn er, was zu wünschen ist, ausländischen Genossen in die Hände kommt, über die Verhältnisse und die einzelnen sozialistischen Parteien in der Tschechoslowakei in entscheidender Weise informieren. Das Buch besteht aus einer Einleitung, in der das Schutzgesetz im allgemeinen besprochen und in ungemein scharfsinniger Weise das Wesen der politischen Delikte erörtert wird; es bringt dann den Wortlaut des Gesetzes mit ausführlichen Erläuterungen zu den einzelnen Bestimmungen; ohnehinweise ist auch das Gesetz über den Staatsgerichtshof zum Abdruck gelangt. Das Buch ist klar und allgemeinverständlich abgefaßt, seine auf mehrfache Verbesserung der Materie gegründeten Ausführungen erwecken geradezu Bewunderung. Als unumgänglich notwendiger Beibeh bei jeder politischen Tätigkeit hierzulande sollte es in der Hand jedes Sozialdemokraten fehlen. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen zum Preise von 10 K. Für organisierte Arbeiter ist das Buch durch die zuständige Bezirksorganisation oder das Sekretariat der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Teplitz-Schönau, Selterstraße Nr. 1, zum Preise von 4 K zu beziehen.

## Aus der Partei.

**Kreis-Konferenz Troppau.** Sonntag, den 29. Juli findet um 9 Uhr vormittags im Arbeiterheim in Troppau die ordentliche Kreis-Konferenz statt. Auf der Tagesordnung stehen: Berichte, ein Referat über den internationalen Jugendkongress in Hamburg (Referent Genosse P a u l - T e p l i g), Neuwahlen, Vereinsangelegenheiten und freie Anträge.

**Bezirks-Konferenz Olmütz.** Bei der letzten stattgefundenen Bezirks-Konferenz erstattete Genosse Dr. F r a u s (Olmütz) ein ausführliches Referat über die kommenden Wahlen. Nach eingehender Debatte faßte die Bezirks-Konferenz den Beschluß, selbstständig in die Wahlen zu gehen. Ueber Koppelungen mit anderen Parteien ist nach den lokalen Verhältnissen in Vereinbarung mit der Bezirks-Exekutive je eine spezielle Entscheidung zu treffen. In allen Gemeinden ist die Wahl unbedingt nach dem Verhältnismäßigkeitsrecht durchzuführen und die dazu notwendigen Schritte viel eiliger und Geld!

## Unio-Fliegenfänger

spart viel Aergern und Geld!  
Unio-Werke, G.m.b.H., Pilsen,  
Filiat PRAG I, Mikuláská 32.

Seit 37 Jahren.

# KALODONT

Lahncreme

gen Schritte sind rechtzeitig einzuleiten. Die Arbeit zur Wahl müssen sofort überall vorbereitet werden, damit die Veranlassungstätigkeit rechtzeitig einsetzen kann.

## Kunst und Wissen.

**Neues Theater.** Heute Donnerstag die neu inszenierte Morichner-Oper „Hans Heiling“; morgen Freitag neustudiert „Nachtmann als Erzieher“; Samstag zum erstenmal die neue Oester-Operette „Die schöne Mama“; Sonntag Abchied Perthold-Sterned „Der Rosenkavalier“.

## Turnen und Sport.

### Leipzig und München.

München steht dieser Tage im Zeichen des 13. Bundesturnfestes der deutschvölkischen Turnerschaft. Nach der riesigen Revue, die zu diesem Fest: entfaltet wurde, hätte man glauben müssen, daß man etwas noch nie Dagewesenes erleben werde. Darum war auch die Enttäuschung für jeden, der zu einem „Turnfest“ zu fahren glaubte, eine umso größere. Wenn wir uns mit dieser Veranstaltung einmal befassen, so geschieht es nur deshalb, weil knapp vor einem Jahre die deutsche Arbeiterturnerschaft in Leipzig ihr erstes Bundesfest abgehalten hat und bei dieser ersten Veranstaltung fast dieselbe Teilnehmerzahl aufwies, als jetzt die Gegner in München. Dabei ist zu bedenken, daß der deutsche Turnverband beinahe einviertel Millionen Mitglieder zählt, während der Verband der Arbeiterturner erst 800.000 Angehörige umfaßt. Wenn also dieser kleinere Verband fast genau so viel Teilnehmer aufbrachte, so zeigt dies, daß die Arbeiterturner den Wert der Zusammenkünfte nur unter Gleichgeinigten, gleichen Zielen Jutrebenden, zu finden ist. Das Verlich dem ersten Arbeiterturnfest Ausdruck und Weisheit, während es in München daran schulte. Es mußte daran fehlen, weil die dort zusammengekommene Menschenmasse nur zum Teile aus „Arbeitern“ bestand und das Gros der „besser“ situierten Klasse angehörte. Diese Klatsch wurde auch durch das Turnfest nicht überbrückt und erfuhr durch den etwas kalten Empfang seitens der Bevölkerung sogar noch eine Erweiterung. Wie wurde voriges Jahr den Arbeiterturnern auf der ganzen Fahrt zugebeut, welche herzlicher Empfang in Leipzig selbst! Und in München? — Still rollten die Jüge ein, nur vereinzelte Turnerguppen, die sich die bayerischen Städte beifügten, brachen in Ströme aus; sonst nichts. In München selbst war der größte Teil der Bevölkerung erbittert gegen die Gäste, da in den Geschäften sofort die Preise bedeutend in die Höhe schwellten. Auch das Empfangskomitee war nicht auf der Höhe. Eine kurze Ansprache, die von Treue, Vaterlandsliebe, Volksbewußtsein usw. troff, war alles, dann ging's ins Quartier. Der Marsch dorthin zeigte die turnerische Disziplin der Deutschvölkischen in besonderer Weise. Der größte Teil der Marschierenden verschwand in die Bierlokale . . . Die Quartierfrage selbst ist ein Kapitel für sich. Viele Tausende von Turnern mußten die Nächte im Freien in den städtischen Anlagen zubringen! Trotzdem soll die bürgerliche Münchener Presse dem Festausbruch höchstes Lob. Die Herren werden gerühmt und haben doch im Grunde nichts geleistet. Neue Kreise, die mehrere Zimmer besitzen, und sich nicht genug ihres nationalen Gefühles rühmen konnten, haben ihr Volk-

bewußtsein hinter verperrte Türen verhängt. In den Massenquartieren gab es nur Stroh und Heu, welches zum Teil ganz dumpfig roch, ohne Ueberzug und Decken. So hat München für seine Volksgenossen gerüht. Wie anders war es in Leipzig. Dort wurden noch viele Hunderte aus den Massenlagern von der Bevölkerung geholt und ihnen ein recht gutes Bett verschafft. Auch die Massenquartiere selbst waren ganz anders hergerichtet, damit der Turner wirklich ausruhen konnte.

Am Festplatz in München war auch nur gerade die Arbeit getan, die bezahlt worden war, alles andere war nur oberflächlich hergerichtet. Keine muster-gültige Sportanlage war zu finden, nur vor den Sitztribünen, die ein Viertel einer Längsseite einnahmen und zum größten Teil für Ehrengäste bestimmt waren, war der Platz einigermaßen eingeteilt. Pünktlichkeit und Ordnung ist anscheinend noch keine Turnertugend, wie man beim Festzug und bei der Aufstellung zu den Freiübungen bemerken konnte. Die erste Freiübung wurde gleich mit dem ersten Takt verpaßt — der erste Eindruck war demnach nicht gerade der beste!

Ob man den Toten des Weltkrieges durch die während des Festzuges gepflogene Art wirkliche Ehrengabe angedeihen ließ, muß stark bezweifelt werden. Die deutsche Turnerschaft hätte die Toten weit besser geehrt, wenn sie ihre Führer mit Saß und Pad zum Tengel gesandt hätte.

Das Fest war kein Turnfest im wahren Sinne, es war ein nationales Bierfest mit turnerischen Einlagen. Die nationale Idee suchte ihre Ziele und fand sie bei einem Raßzug in den verschiedenen Bräuhäuserlokale. Den Höhepunkt erreichte sie durch das ungebotene Bier aufgewärmten Lebensbrotchen, wenn die in den Lokalen postierten Hitlerleute auf einen Tisch sprangen und die „Wacht am Rhein“ oder „Deutschland über alles“ anstimmten. Dann stand alles entblöhten Hauptes still und sang mit. So sieht das Deutschland aus, welches einst mit an der Spitze der Kultur marschierte. Einige romantische Verbredler kommandierten und die deutsche Turnerschaft, die sich immer „frei“ nennt, ließ diesen Leuten willig ihr Gehör.

Noch ist dieses „Turn“ Fest nicht abgeschlossen, es hat aber bereits den Beweis erbracht, daß die Arbeiterturner sich vor der deutschen Turnerschaft nicht mehr zu verdecken braucht. Leipzig wurde organisatorisch und turnerisch von München nicht erreicht. Wohl waren in München einige tausend Teilnehmer mehr, der ideale Zusammenhalt, das Bewußtsein, einer großen kulturellen Sache zu dienen, zählte ihnen jedoch vollständig. Leipzig war ein Turnfest, München war eine Heerchau der Reaktion. Und weil sich die Reaktion der deutschen Turnerschaft als willenloses Werkzeug bedient, ist es Pflicht der organisierten Arbeiterturnerschaft, mehr als bisher, die Arbeiter-Turn- und Sportfläche zu fördern und zu unterstützen.

Herausgeber: Dr. Eubwig Gsch und Karl Germa.  
Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauß.  
Druck: Deutsche Zeitungs-Druckergesellschaft, Prag.  
Für den Druck verantwortlich: C. Holla.



## Der Beamte

lobt **BERSON-Gummiabsätze** und **Gummisohlen**, denn dieselben schonen seine und seiner Umgebung Nerven und sind billiger und haltbarer als Leder.



## Gummiabsätze und Gummisohlen

lassen Sie sich von Ihrem Schuhmacher anbringen, Sie werden keine anderen mehr tragen!